



Redaktion: die story  
50600 Köln



## **Das Superkonto**

Der Griff nach den EU-Milliarden

Ein Film von  
**Michael Grytz und Klaus Martens**

**Redaktion: Edeltraud Rimmel**

**Sendung: 12.06.2006 – 22.30 h**  
**WDR Fernsehen**  
**45'00"**

**Zur Beachtung!**

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar, insbesondere darf er weder vervielfältigt, verbreitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden.

Insert: Bundesfinanzministerium  
Berlin März 2006

Sofort und besonders wichtig heißt es für den Beamten im Finanzministerium immer dann, wenn er Geldüberweisungen an die Europäische Union ausfüllt. 750 Millionen allein an diesem 20. März.

Aber das ist nur ein Teil der monatlichen Summe, die an die Europäische Union geht.

Ende März wird es weit mehr als eine Milliarde Euro sein, die der Regierungsbeamte von Berlin auf den Weg nach Frankfurt bringt.

Insert: Deutsche Bundesbank  
Frankfurt am Main

Hier ist das Konto für die Europäische Union eingerichtet, auf das nur die deutschen Mitgliedsbeiträge eingezahlt werden.

Für die EU ist es:

Titel das Superkonto.

Jetzt beginnt:

Titel Der Griff nach den EU-Milliarden

Noch am selben Tag kommen die 750 Millionen Euro aus Berlin in Frankfurt an. Ab jetzt sind sie für die Europäische Union verfügbar.

Brüssel – die Hauptstadt der Europäischen Union. Sitz des Ministerrates und der Kommission: Sie verwaltet die EU und kontrolliert die Einhaltung der Gesetze. Hier geht es darum: Wer bekommt die Milliarden.

O-Ton: Daniel Gue`guen, Europäisches Trainings Institut  
Übers.: „Wissen Sie, Brüssel ist wie ein großes Stück Käse mit vielen Mäusen drum herum.“

Brüssel, das ist auch der Sitz der über 15.000 Lobbyisten. Hinter dieser Fassade lernen sie Tricks und Kniffe, wie sie Einfluss nehmen können auf Entscheidungen und auf Geld. Rund 1000 Euro am Tag – das Standardhonorar eines Beraters. In Brüssel profitiert eine ganze Branche davon.

O-Ton: Daniel Guèguen Europäisches Trainings Institut  
„Es geht darum, wie man seine Argumente präsentiert und wie man sie durchsetzen will: Aggressiv, degressiv, aktiv oder pro-aktiv und mit wem? Alleine oder als Unternehmen? Mit einer Nichtregierungsorganisation oder mit allen zusammen? Wissen Sie, es gibt sehr viele Wege, das zu machen. Und in dem Zusammenhang benutze ich gerne ein deutsches Wort: Man braucht: Fingerspitzengefühl.“

Ob Fruchtsaftethersteller oder Gas- und Wasserlieferant. Im Machtzentrum von Brüssel haben sich über zweieinhalbtausend Lobbybüros angesiedelt.

Die einflussreichsten Lobbyisten sind die von Copa–Cogeca, dem Verband der Europäischen Bauern und Genossenschaften. Copa–Cogeca ist so einflussreich, dass er wie ein Verhandlungspartner akzeptiert wird.

O-Ton: Franz-Josef Feiter, Generalsekretär Copa Cogeca

*„Ich rufe persönlich viele oder kann viele Kommissions-Beamte anrufen, kann viele Parlamentarier anrufen. Wir haben grundsätzlich Zugang zu allen Kommissaren. Wir vertreten 15 Millionen Bäuerinnen und Bauern in Europa. Und wir vertreten diese Menschen gegenüber der Kommission und gegenüber dem Europäischen Parlament oder gegenüber dem Ministerrat, damit die europäische Agrarpolitik so gestaltet wird, wie wir glauben, wie sie gemacht werden muss.“*

O-Ton: Renate Künast, Ehemalige Landwirtschaftsministerin

*„Es ist wie ein Spinnennetz. Wir haben seit Jahrzehnten gleiche Personen oder gleich denkende Personen in den Funktionen. Und wir haben ausgehend vom Bauernverband eine Vernetzung in alle anderen Bereiche rein. Bildhaft sage ich Ihnen so: Wenn Sie als Ministerin loslaufen und bei all diesen Organisationen oder Banken auf Terminen sind, treffen Sie immer die gleichen Männer.“*

Das Gebäude der Europäischen Kommission. Wichtige Macht- und Kontrollzentrale der EU. 20.000 Beamte verwalten Europa. Ihre Chefs sind 25 Kommissare – aus jedem Land einer. Sie haben entscheidenden Einfluss auf die Zahlungen aus dem Superkonto, die hier Subventionen heißen.

Mittwoch, 8. März 2006, um 9.00 Uhr im 13. Stock: Die wöchentliche Sitzung der Kommissionsmitglieder.

Auch hier geht es um das Konto. Und es geht um 52 Milliarden Euro. So hoch ist die Summe, die in diesem Jahr allein für die Landwirtschaft in Europa bereitliegt.

Schaufelradbagger im Braunkohle-Tagebau bei Köln. Die Bagger gehören zum RWE Konzern.

Wo die riesigen Schaufelradbagger die Landschaft umgepflügt haben, muss RWE die Natur wiederherstellen.

Das Energieunternehmen wandelt sich zum landwirtschaftlichen Betrieb. Über 10.000 ha Fläche gehören zum Eigentum des RWE-Konzerns. Einige Teile unterhält RWE selbst, andere verpachtet es. Über 2000 ha bewirtschaftet das Unternehmen in eigener Regie, und auch dafür erhält es Subventionen aus Brüssel, obwohl es ein hochprofitables Industrieunternehmen ist. Auch der landwirtschaftliche Betrieb arbeitet mit Gewinn. Und trotzdem gibt es Geld aus Brüssel.

O-Ton: Werner Sihorsch, Manager Agriculturla, RWE Power  
(ehem. Rheinbraun)

*„Wenn wir zum heutigen Zeitpunkt die Subventionen verlieren würden, bliebe eine schwarze Zahl unterm Strich stehen, sie wäre natürlich kleiner. Wir werden im Laufe des Jahres einen Antrag auf die EU-Agrar-Prämien stellen, die Unterlagen sind zur Zeit in Bearbeitung.“*

Für 10.000 Hektar gibt es rund drei Millionen Euro pro Jahr vom Superkonto.

Über 600.000 gehen direkt an den Konzern.

O-Ton: Franz-Josef Feister, Generalsekretär Copa Cogeca

*„Wieso kommen wir dazu, irgendeine Firma auszuschließen, wenn es darum geht, landwirtschaftliches Tun zu unterstützen. Ich persönlich halte jede Art der Diskriminierung für falsch. Und deshalb habe ich auch keine Probleme damit, dass für unternehmerisches Tun einer Firma, die nebenher noch einen landwirtschaftlichen Betrieb hat, dass solche Transfer-Zahlungen oder Unterstützungen gegeben werden.“*

In der Nähe von Bielefeld liegt der Bauernhof von Friedrich Gräfe zu Baringdorf. Der Landwirt hat 5 Angestellte und ist einer, der auch Landschaftspflege betreibt. Das aber ist personalintensiv. Mit seinen 50 Hektar gehört der Hof eher zu den kleinen.

Vom Superkonto bekommt er ca. 15. 000 Euro.

O-Ton: Friedrich Gräfe zu Baringdorf, Landwirt / Europaabgeordneter

*„Ein Prozent der Großbetriebe in Deutschland bekommt 30 % dieser 4 ½ bis 5 Milliarden Euro, die nach Deutschland fließen. 45 % solcher Betriebe wie wir müssen auch mit 30 % zufrieden sein. 1 % soviel wie 75! Und das ist nicht haltbar auf die Dauer, zumal dieses Geld dann nicht wirtschaftlich effektiv eingesetzt wird zur Entwicklung von Arbeitskräften, zur Entwicklung des ländlichen Raumes, Infrastruktur, Vermarktung, Verarbeitung, sondern es geht in die Großstrukturen oder meinetwegen es landet an der Cote d' Azur.“*

Am Genfer See hat der größte Nahrungsmittelhersteller der Welt seine Konzernzentrale: Nestle. Voraussichtlich macht Nestlé einen Reingewinn von über 3,8 Milliarden Euro. Dennoch fordert der Konzern Subventionen von der Europäischen Union.

O-Ton: Francois Xavier Perroud, Nestle

*„Wir kriegen ja Geld von der EU, damit wir auch weiterhin europäische Milch, europäischen Zucker kaufen können. Diese beiden Produkte sind auf dem Weltmarkt entschieden billiger. Und wenn die europäischen Bauern dem Verarbeiter, der wir sind, diese Produkte weiter verkaufen wollen, dann muss jemand dafür sorgen, dass wir einen Rohstoff einkaufen können, der auf irgendeine Art verbilligt wird. Wenn es diese Subventionen nicht gäbe, dann müsste sich Nestle auf Rohstoffe beschränken, die anderswo produziert werden. Wir können Milch in Neuseeland, in Australien kaufen, dort haben wir nämlich auch Fabriken, und uns ausschließlich darauf beschränken, diese Produkte auf den Weltmarkt zu bringen.“*

Nestle exportiert seine Produkte in Länder außerhalb der Europäischen Union. Und weil die Rohstoffe von europäischen Bauern stammen, kassiert das Unternehmen Geld vom EU-Konto. Im Jahr 2005 sind das 48 Millionen Euro.

O-Ton: Francois Xavier Perroud, Nestle

*„Es gibt keinen Grund, warum wir die europäischen Bauern, die in einer schwierigen Situation sind, bevorteilen sollten, nur, weil es europäische Bauern sind. Wir sind ein Unternehmen, das humanitäre oder Zielsetzungen vertritt, die nicht geschäftliche orientiert sind.“*

Geschäftlich orientiert muss auch Georg Schmitz sein. Das Superkonto hilft soeben, seine Existenz zu sichern.

Rund 20 Prozent aller Bauern bekommen weniger als 5000 Euro im Jahr. Auf sie entfallen 3 % der gesamten EU-Prämien, steht in einem internen Bericht des Landwirtschaftsministeriums.

Es sind die Großbetriebe, Konzerne und Industrieunternehmen, aber auch die europäischen Königs- und Fürstenhäuser, die sich den größten Anteil am Superkonto der EU sichern.

Juristische Personen werden sie in dem internen Bericht genannt.

Bauer Schmitz dagegen ist eine natürliche Person. Jeder Quadratmeter seiner Flächen, für die er Steuergelder beantragt, wird genauestens gemessen: mit satellitengestützten Überwachungssystemen. Die Messdaten werden verglichen mit Satellitenfotos, auf denen jede Fläche in den Ländern der europäischen Union registriert ist.

Insert: Brüssel Generaldirektion Budget

Hier ist die Haushaltszentrale der Europäischen Union untergebracht. Mitarbeiter nennen sie die Bank der EU. Aber hier liegt kein Geld. Doch sämtliche Geldtransfers nehmen hier ihren Anfang. Oft mehr als tausend Mal am Tag. Über 1,8 Millionen Vorgänge im Jahr. Auch die Zahlungsanweisungen an das Superkonto der EU in Frankfurt kommen von hier.

Ein landwirtschaftlicher Betrieb in der Nähe von Leipzig. Er gehört zu den ganz großen Empfängern vom EU-Konto.

Auf 2000 ha nichts als grüne Flächen, auf denen dann und wann ein Traktor fährt. Dieser Hof gehört zu dem einen Prozent der deutschen Betriebe, die über 20 Prozent der Prämien bekommen, jeweils weit mehr als 300.000 Euro. Die EU zahlt nicht nach Menge der Produkte, sondern nur noch nach Größe der Fläche. Einzige Bedingung für die Prämien: Die Flächen müssen instand gehalten werden. Dann erhält der Eigentümer für jeden Hektar rund 300 Euro. Wie so viele ehemalige landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften gehört auch die LPG Leinequell in Krostitz heute westdeutschen Investoren. Und die bekommen über 600.000 Euro im Jahr.

O-Ton: Friedrich Gräfe zu Baringdorf

*„Diese Gelder sind an nichts gebunden. Ob sie die privat verwenden, ist ihnen überlassen. Die kommen und die haben sie. Und sie müssen nicht nachweisen, dass sie im Sinne der Gesellschaft hier Leistungen erbracht haben. Und das ist eine unglaubliche Geschichte.“*

Der Eigentümer dieses Betriebs will über Subventionen und EU-Prämien nicht sprechen, obwohl er noch vor kurzem Präsident der Landwirtschaftsgesellschaft war. Auch seine Mitarbeiter verschließen sich unseren Fragen. Wie rechtfertigt ein profitables Unternehmen 600.000 Euro Agrarprämien?

Frage an das Lobbybüro in Brüssel:

O-Ton: Franz-Josef Feister, Generalsekretär Copa Cogeca

*„Man muss auch sehen, wie viele Arbeitsplätze auf den einzelnen Betrieben gesichert werden. Dieses ist insbesondere ein Argument in den neuen Bundesländern, in Deutschland z.B., wo es nicht darum geht zu sagen, was bekommt ein Großbetrieb in Ostdeutschland, es kommt auch darauf an zu sagen, wie viele Arbeitskräfte sind auf diesem Großbetrieb beschäftigt.“*

Auf den riesigen Flächen in Ostdeutschland arbeiten so wenig Menschen wie nie zuvor. Im Westen sind es, auf die Fläche bezogen, acht Mal soviel.

Auf diesen Flächen arbeiten nach Angaben seines Eigentümers mal 13, mal 9 Arbeiter. Und das bedeutet, dass er für jeden Mitarbeiter mindestens 57.000 Euro Prämien erhält.

O-Ton: Renate Künast, ehemalige Landwirtschaftsministerin

*„Der alltägliche Wahnsinn der EU ist ein auf der Basis großer Subventionsflüsse hergestelltes Netzwerk und eine Arbeitsteilung, die es gerade eben auch so schwer macht, Mehrheiten in Europa zu bekommen, weil die immer mindestens 3, 4 Staaten haben, die miteinander so verzahnt sind, dass keiner sagt, ich geh nach Hause und erkläre meinen Landwirten, dass das System anders sein muss.“*

Gräfe zu Baringdorf, Landwirt und grüner Europaabgeordneter, will das Subventionssystem ändern.

O-Ton: Friedrich Gräfe zu Baringdorf, Landwirt / Europaabgeordneter

*„Wenn ein Betrieb mit 2.000 ha macht es mit 5 Arbeitskräften und ein Betrieb hat 2.000 ha und macht das 50 Arbeitskräften, dann kann es doch nicht sein, dass beide Betriebe dasselbe Geld kriegen. Aber die Lobby dieser kleinen Gruppe von Absahmern, die ist im Verbund mit Copa Cogeca so mächtig, dass sie alle Reformansätze, die in diese Richtung gingen, torpedieren können.“*

Insert: Finanzministerium Berlin April 2006

Es ist der 11. April 2006.

Wieder steht eine Teilsumme an, die der Beamte im Finanzministerium an das Superkonto überweist: 240 Millionen. Ende April werden es an die 2 Milliarden Euro sein.

Der Haushaltsausschuss des Europaparlaments in Brüssel.  
 Stimmengewirr der Simultanübersetzer in 20 Sprachen.  
 Von Estnisch ins Polnische, vom Portugiesischen ins Finnische. Für manche Sprachkombinationen gibt es zu wenig Übersetzer. Dann muss mit Englisch überbrückt werden, und das führt gelegentlich zu Missverständnissen.

Unter den Parlamentariern die CDU-Abgeordnete Inge Grässle. Eigentlich haben die Parlamentsmitglieder kein Mitwirkungsrecht in Budget- und Haushaltsfragen. Dennoch:  
 Versuche einer Kontrolle über die Haushaltspolitik der Kommission.  
 Abstimmungen, Vereinbarungen, Kompromissssuche  
 Die deutsche Parlamentarierin hat ein Problem. Wie die meisten ihrer Kollegen durchblickt sie kaum mehr den Dschungel der Vorschriften, Maßnahmen und Paragraphen der europäischen Haushaltspolitik.  
 Sie will mehr Transparenz.

O-Ton: Ingeborg Grässle, Europaabgeordnete CDU

*„Der Haushaltsplan selber ist absolut nicht aussagekräftig. Wir kriegen eine Summe, 18,5 Millionen beispielsweise für Förderung benachteiligter Jugendlicher ohne Schulabschluss. Aber was damit gemacht wird, wie die Kommission es umsetzt, das steht da nicht drin, das kriegt man zwei Jahre später dann im Entlastungsverfahren der Kommission vielleicht mit, aber eigentlich auch eher nicht. D. h., wir können nicht wirklich sagen, was tatsächlich mit dem Geld gemacht wird.“*

In Brüssel wird nicht nur über Subventionen entschieden, sondern auch über direkte Finanzierungen von Projekten - über 2000 im Jahr.

In der Rue de Science, der Straße der Wissenschaft, sitzen in kärglich eingerichteten Büros hoch qualifizierte Prüfer über den Anträgen zu den Förderprojekten, Wissenschaftler, Professoren. Ihre Namen werden geheim gehalten.

O-Ton: Frau anonym (Übersetzung)

*„Wir müssen frei von jeder Art von Einfluss sein. Also: unsere Namen werden nicht offen gelegt und können so nicht in Verbindung gebracht werden mit einem bestimmten Projektantrag. So wird sicher gestellt, dass jeder Antrag fair behandelt wird. Und das bedeutet auch, dass wir Experten vor jeder Beeinflussung von außen geschützt werden.“*

Übers.: O-Ton: Graham Stroud ,Generaldirektion Forschung

*„Ich ziehe es vor, lieber nicht zu sagen, welche Nation, welche Regierung Einfluss zu nehmen versucht hat. Wir haben...wir...uns ist ein Vorfall bekannt, wo alle Experten, die zu den Sitzungen gehen, zu einem speziellen Empfang eingeladen wurden in der Ständigen Vertretung des besagten Landes, am Abend vor dem Bewertungsprozess...“*

Das BEW in Duisburg. Bildungszentrum für die Entsorgungs- und Wasserwirtschaft. Eigentlich sollte das Haus gefüllt sein mit Menschen, die sich in Seminaren fortbilden, möglichst mehrtägig.

Denn das Zentrum ist gleichzeitig Hotel. Aber die Vortragsräume sind leer. Die Nachfrage ist gering, zu gering.

Das BEW ist eine Förderungsgrab. Entstanden aus dem Wahlkampfversprechen der damaligen Landesregierung, der Stadt Duisburg ein Geschenk zu machen. Ein Geschenk, das sich die Regierung zur Hälfte vom Superkonto der EU bezahlen ließ.

O-Ton: Winfried Pudenz, Landwirtschaftsministerium NRW

*„Finanziert wurde das dann mit insgesamt – ich muss noch mal genau nachschauen, irgendwo habe ich die Zahlen auch präzise – zu etwa gleichen Teilen aus den Fördermitteln der EU, das waren 16.587.000 DM – und aus Mitteln, die aufgenommen wurden in etwa gleicher Höhe, es ist also seinerzeit auch noch eine Grundschuld aufgenommen worden, an der das BEW und das Land also nach wie vor eben noch zu tragen haben.“*

Inzwischen hat der Landesrechnungshof gefordert, das Zentrum aufzugeben. Dann aber müsste die Regierung neben den Bankkrediten auch die 8 Millionen Euro an die EU zurückzahlen.

O-Ton: Winfried Pudenz

*„Da ist aus unserer Sicht der Weg besser, das Unternehmen weiterzuführen, als auf einen Schlag diese hohen Beträge nach Brüssel zurückzuzahlen und an die Bank zurückzuzahlen.“*

Und so steht neben den Industriebrachen des Reviers eine europäische Förderungsruine, die, kaum genutzt, das Land mehrere Millionen Euro im Jahr kostet.

Ausgerechnet im wirtschaftlich schwachen Ruhrgebiet, in dem es in den nächsten Jahren praktisch gar keine Förderungen von der Europäischen Union geben wird. Auch wenn es den Menschen hier nicht besser geht als vielen Polen oder Tschechen, haben sie dennoch keine Chance auf die Strukturhilfen.

Und das liegt an den Wirtschaftsdaten. Daten, die hier bewertet werden: bei Eurostat in Luxemburg, dem statistischen Amt der EU.

Weil das Ruhrgebiet zu drei verschiedenen Regierungsbezirken gehört, fällt es durch das Raster.

O-Ton: Albrecht Wirthmann, Eurostat Luxemburg

*„Selbst wenn sich einzelne Landkreise mit dem Argument, dass sie dies Kriterium erfüllen würden und um Förderung bemühen würden, würden sie nicht gefördert, weil der entsprechende Regierungsbezirk über der Schwelle liegt, was für Kreise bzw. Regierungsbezirke in Polen, in Tschechien oder in den baltischen Staaten dann nicht der Fall ist.“*

Das Berlaymont-Gebäude in Brüssel. Sitz der Kommission und damit Amtssitz auch der Kommissarin für Haushalt und Finanzplanung.

Während einer der Haushaltskonferenzen ist ihr von unbekanntem Bankkonten berichtet worden. Gerüchte über schwarze Kassen tauchen auf. Aber die Kommissarin Dalia Grybauskaite spricht über Transparenz.

Übers.: O-Ton: Dalia Grybauskaite, Haushaltskommissarin  
*„Liberalisierung und Flexibilität müssen mit Verantwortung ausbalanciert werden. Wir können nicht irgendwem erlauben, dass das Geld der europäischen Steuerzahler einfach so ausgegeben wird. Wir müssen Bericht erstatten, dass das Geld effizient, sauber und transparent verwendet wird.“*

Die Kommissarin spricht von 112 Milliarden Euro in diesem Jahr. In der Kommission kursiert ein vertraulicher Fragebogen, in dem die Mitarbeiter nach unbekanntem Bankkonten gefragt werden, nach der Höhe ihrer Einlagen und nach den Verfügungsberechtigten. Hat die Haushaltskommissarin Hinweise auf schwarze Kassen?

Übers. O-Ton: Dalia Grybauskaite, Haushaltskommissarin  
*„Was ich Ihrer Frage entnehmen kann zu solchen Konten, von schwarzen Konten habe ich keine Kenntnis. Alle Konten sind öffentlich aus meiner Sicht. Und wenn das Parlament anfragt, werden wir vollständig Auskunft geben.“*

Tatsächlich gibt es eine solche Anfrage bereits seit dem 8. Dezember 2005.

Die Kommissarin wird aufgefordert, Auskunft zu geben über unbekannte Konten. „Wer ist zeichnungsberechtigt, wer hat Verfügungsgewalt über das Geld, und ist eine persönliche Bereicherung ausgeschlossen?“, heißt es in dem Schreiben.

In der Generaldirektion Budget, der Haushaltszentrale, wo das Superkonto verwaltet wird und die Rechnungssysteme der Europäischen Union untergebracht sind, tauchen die Konten nicht auf. Ein Grund dafür, dass weder das Parlament noch der Rechnungshof Kenntnisse über die Verwendung der Gelddepots haben.

Auf einem der versteckten Konten soll mehr als eine Million Euro verbucht sein. Geld aus Mieteinkünften einer verpachteten Kantine. Die Parlamentarierin Inge Grässle hat die Anfrage an die Kommission formuliert und erfährt, dass es mindestens solcher Konten gibt.

O-Ton: Ingeborg Grässle, Europaabgeordnete CDU  
*„Die Kommission versucht, nach dem Motto verzögern, verneinen, abstreiten und dann nur das zugeben, was eh schon jeder weiß, so geht die Kommission vor. Und ich muss auch sagen, das geht nicht. Ich mache selber die Erfahrung, dass man ihr jede Information sowieso buchstäblich abringen muss. Und wenn ihr die Informationen unangenehm sind, dann versucht sie mit allen Mitteln, diese unangenehmen Informationen möglichst lange weg zu schieben.“*

Die nächste Sitzung des Europaparlaments ist für den 4. April 2006 anberaumt.

Inge Grässle ist versprochen worden, die Haushaltskommissarin selbst werde auf ihre Anfrage antworten. Inzwischen ist von mindestens 50 Konten die Rede.

Aber die nächste Parlamentssitzung findet nicht in Brüssel statt. Der Plenarsaal am Freitag Nachmittag. Das politische Brüssel ist aus der Stadt abgereist. Einmal im Monat ziehen die 732 Abgeordneten für eine Woche um. Dazu alle Mitarbeiter, Assistenten, Dolmetscher, die Parlamentsverwaltung, der Pressedienst, die Druckerei, alle. Einmal im Monat gehen in Brüssel alle Lichter aus.

Im Keller des Brüsseler Parlamentsgebäudes steht all das, was Abgeordnete und Parlamentsangestellte mitnehmen wollen, in den Umzugskisten bereit, alle wichtigen Dokumente und Büromaterialien für mehr als 2000 Menschen. Ganze LKW-Kolonnen werden bis spät in den Abend beladen. Übrigens: von einem eigenen Umzugsdienst. 30 Angestellte sind nur dafür abgestellt.

Auch dieser Umzug geht auf Kosten des Superkontos.

Im Jahr sind es über 250 Millionen Euro, die für den monatlichen Umzug von Brüssel nach Straßburg und wieder zurück ausgegeben werden.

Das haben die EU-Mitgliedsstaaten einmal so ausgemacht, ist vertraglich vereinbart und kann nur einstimmig geändert werden.

Noch in der selben Nacht machen sich die Sattelschlepper auf den Weg ins 530 km entfernte Straßburg, wo die Umzugskisten wieder für eine Woche ausgepackt werden.

Das Parlamentsgebäude in Straßburg. Nur eine Woche im Monat ist es gefüllt. Gefüllt mit Parlamentariern, aber nicht nur.

Auch die Journalisten mitgereist und natürlich die Lobbyisten. Und für eine dreistündige Sitzung am Dienstag erscheint auch die ganze Kommission.

Viele Parlamentarier kommen mit dem Auto, allerdings nicht dem eigenen. Ein Fahrdienst bringt sie auch wieder zurück nach Hause.

Straßburg-Wochen, das sind die Parlamentarierwochen. Jetzt stimmen sie ab, verabschieden Gesetze. Und weil die Debatten und Gesetze innerhalb der Woche durchkommen müssen, sind die Arbeitstage lang. Bis zu 18 Stunden. Betreuung eigener Besuchergruppen inbegriffen.

O-Ton: Silvana Koch Mehrin, Europaabgeordnete FDP+Besuchergruppen  
*„Also, es ist völlig absurd diese Reiserei, dieser Reisezirkus, sage ich mal, es behindert uns in der Arbeit, weil wir ständig unsere Akten in Kartons packen müssen, die dann nach Straßburg geschafften werden bzw. zurück nach Brüssel, vom Chauffeur des Fahrdienst bis hin zum Sicherheitsdienst. Mitarbeiter, alles zieht hin und her und es ist völliger Quatsch.“*

O-Ton: Bernd Posselt, Europaabgeordneter CSU

*„Und genau diese Regelungen sind doch die Dinge, die also die normalen Mitbürger stören an diesem Europa.“*

O-Ton: Besucher

*„Das sind ja auch letztlich unsere Steuergelder, die da verbraten werden auf Reisetätigkeiten.“*

O-Ton: Silvana Koch Mehrin, Europaabgeordnete FDP

*„Ja, auch als normale Abgeordnete verstehe ich es auch nicht.“*

Der Zustand wird andauern, denn auch die Parlamentarier sind sich in der Standortfrage nicht einig.

O-Ton: Bernd Posselt, Europaabgeordneter CSU

*„Ich sehe auch das als eine unbefriedigende, vorübergehende Lösung an. Eines Tages sollen auch Rat und Kommission nach meinem Verständnis hier in Straßburg sitzen. Aber da wird der Weg noch recht weit sein. Zunächst einmal sollte sich hier das Parlament als eigenständiges Organ etablieren. Hier ist das demokratische, menschenrechtliche, kulturelle, eigenständige Gesicht Europas. Brüssel ist das Synonym für Bürokratie und Lobbyismus.“*

Im Brüsseler Machtzentrum sind inzwischen weitere Informationen zu den unbekanntem EU-Konten angekommen.

Die Anfrage der deutschen Abgeordneten hat bewirkt, dass nachgeforscht wird. Alle Abteilungen der Kommission suchen nun nach unregelmäßigen Konten. Aber über schwarze Konten, so hatte die zuständige Kommissarin schließlich behauptet, sei in ihrem Hause nichts bekannt.

Plötzlich aber lässt die Haushaltskommissarin wissen, dass sie eine Aussage korrigieren möchte, die sie im letzten Interview gemacht hat.

Übers.

O-Ton: Dalia Grybauskaitė, Haushaltskommissarin

*„Diese konkreten, diese sehr konkreten Nachforschungen, die sind gemacht worden auf der Basis unserer Prüfungen, unserer internen Prüfungen. Sie haben einige alte Konten gefunden, die nicht mehr in Gebrauch sind, die abseits liegen, aber seit 20 oder 30 Jahren existieren. Es sind einfach passive Konten, wir säubern das nun. Die Reform verpflichtet uns, eine völlige Revision unserer Konten vorzunehmen. Und das tun wir.“*

Bei der Generaldirektion Haushalt müssten alle Konten zu finden sein. Hier aber sind sie nicht aufgetaucht. Und das bedeutet, es gibt unkontrollierte Kassen. Bei der Unmenge der Daten und Kontenbewegungen scheint der Überblick verloren gegangen zu sein. Keiner weiß, wie viele es sind, wie hoch die Geldsummen auf ihnen sind, und wer die Verfügungsgewalt über sie.

Das Europaparlament in Straßburg, Fragestunde der Abgeordneten an die Kommission. Die deutsche Abgeordnete Inge Gräßle geht noch immer davon aus, dass die Kommissarin Grybauskaitė selbst zu ihrer Anfrage Stellung nimmt. Inzwischen ist von über hundert unbekanntem Konten die Rede. Über ein halbes Jahr ist vergangen, seitdem die Abgeordnete zum ersten Mal danach gefragt hat.

Als Inge Gräßle Platz nimmt, sieht sie, was sich bereits angedeutet hatte: Die Haushaltskommissarin ist nicht anwesend, obwohl sie noch kurz zuvor auf der Liste der anwesenden Kommissare gestanden hat.

Die Beantwortung über 60 anderer Fragen muss Inge Gräßle an diesem Abend abwarten. Haushaltskommissarin Grybauskaitė taucht zu der Fragestunde nicht mehr auf. Um 21.30 Uhr beendet der Parlamentspräsident die Fragestunde, Ingeborg Gräßle steht auf Listenplatz 87 und ist nicht mehr zum Zuge gekommen.

O-Ton: Ingeborg Gräßle, Europaabgeordnete CDU – Telefongespräch  
*„Gräßle. Ja, dringlich wollte ich Sie fragen, was denn nun mit den Konten passiert, und zwar den bekannten Konten und den unbekanntem Konten? ... Die die Kommission nicht kennt, die nicht im System stehen, die kein Mensch prüfen kann, die der Rechnungshof nicht prüfen kann, der Innenrevisor nicht prüft. Und bei diesen Konten ist alles möglich....  
 Ich bin, muss ich sagen, schon sehr enttäuscht, dass ich glaube, dass man so eine Geschichte keinesfalls so lassen kann, wie sie ist. Wir müssen etwas unternehmen, wir brauchen Licht in dieses Dunkel. Und die nächste Chance, die ich habe, die Fragen an die Kommissarin zu richten, offiziell mit einem Protokoll im Plenum ist September. Sie kommt im September wieder. Und ich muss Ihnen ganz offen sagen, was meine Instrumente als Parlamentarier angeht, da habe ich heute ernsthafte Zweifel bekommen, ob diese Instrumente ausreichend sind..... Ja.“*

Mit Unregelmäßigkeiten und Korruption in der Europäischen Union beschäftigt sich in Brüssel das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung: OLAF, eine Behörde, zuständig auch für das eigene System.

O-Ton: Franz-Hermann Brüner, Direktor OLAF

*„Das System ist anfälliger für Betrug und Korruptionseinflüsse, weil wir Gelder anders ausgeben als jeder normale Staat es ausgibt oder ausgeben kann, weil wir einen ganz erheblichen Subventionshaushalt haben, d.h. der größte Teil unseres Geldes wird ausgegeben für Fördermaßnahmen.“*

Malaga, im Süden Spaniens. Von hier aus geht die Hubschrauberfluglinie auf die andere Seite der Straße von Gibraltar auf den afrikanischen Kontinent nach Marokko, genauer, in die spanische Exklave Ceutat. Ein 20 Quadratkilometer umfassendes Stück Spanien in Afrika mit 15.000 Einwohnern. Nur aus der Luft oder mit dem Schiff zu erreichen. Wer in Ceutat landet, ist rechtlich in Europa. Und daraus entsteht ein ganz besonderer Trick, mit dem viel Geld verdient wird.

Der besondere Status zeigt sich im Landesinnern.

Zur Grenze nach Marokko hat es sich abgeschottet. Zufahrt nur durch besondere Grenzkontrollen. Ein Zaun hält illegale Einwanderer ab.

Ceutat wird als Land außerhalb der EU behandelt, andererseits profitiert es wegen der Zugehörigkeit zu Spanien vom Superkonto der EU.

Im Hafen von Ceutat liegt der Betrieb Alice. Das Unternehmen verarbeitet Milchpulver für die Ernährungsindustrie vor allem für Schokoladenhersteller.

Spanien gewährt dem Unternehmen den halben Steuersatz. Alice nutzt dies seit einigen Jahren. Aber es nutzt auch einen ganz anderen Vorteil.

Das Milchpulver in Ceutat kommt nämlich von hier. Aus dem niederländischen Sittard. Dort, wo das Unternehmen Schils angesiedelt ist. Schils handelt mit Rohstoffen wie Milch und Zucker und es exportiert Milchpulver erst nach Ceutat, obwohl sie es an einen deutschen Schokoladenhersteller verkauft haben.

O-Ton: Hub Gillesen, Schils Vorstandsvorsitzende

*„Wenn Sie meinen, dass alles, was hier produziert oder organisiert oder Regelungen, das die alle auf Logika basiert sind, dann muss ich Ihnen enttäuschen. Wenn Sie hier dieses Milchpulver sehen, diese Produkte, das kann gut sein, dass der Molkepulver aus Südfrankreich kommt, hier verarbeitet wird und wieder nach Britannien zurückgeschickt wird. Also, das ist das gleiche wie Ceutat, nur ist da diese Exporterstattung nicht drauf.“*

Und so funktioniert der Griff nach den EU Geldern

Mit Containern schickt Schils das Milchpulver Richtung afrikanisches Festland. Meistens vom Hafen Rotterdam aus. Die niederländischen Behörden sind bekannt dafür, die EU-Subventionen schnell auszuzahlen. Und um die geht es.

In Ceutat wird das Milchpulver umverpackt und gleich wieder nach Europa geschickt.

Um aber an das Geld der Europäischen Union zu kommen, darf es nicht das exakt gleiche Milchpulver sein. Es muss verändert werden.

Die Mischmaschinen des Unternehmens Alice rühren dem Milchpulver Zusätze – Proteine - unter, bevor es über Spanien nach Deutschland eingeführt wird. Schils kassiert dafür Subventionen vom Konto der EU. Und Alice verdient Geld.

O-Ton: Luca Ghetti, Alice

Übers.

*„Wir sind von Brüsseler Behörden kontrolliert worden und sogar von Olaf. Naja, Sie wissen ja, es ist eine spezielle Abteilung. Die haben, ich war wirklich glücklich, als sie wieder weg waren, wir haben eine kleine Party gemacht nach der Olaf-Kontrolle. Denn es war eine Art, ich betrachte die Olaf-Kontrolle als eine Art, ich kann es nicht genau sagen auf Englisch, endgültiges grünes Licht. Ich meine, sie haben nichts gefunden. Sie waren sehr professionell. Es war ein Vergnügen, von Leuten kontrolliert zu werden, die sich so gut auskennen. Also, ich habe gesagt, gut, jetzt ist die Situation geklärt.“*

Auch der Schokoladenhersteller Stollwerck ist vom Amt für Betrugsbekämpfung untersucht worden. Denn auch Stollwerck lässt sich bis Mitte 2005 mit dem subventionierten Milchpulver aus Ceutat beliefern. Jetzt soll damit Schluss sein. Dass der Trick Betrug am Steuerzahler ist, davon ist in Brüssel die Behörde gegen Korruption OLAF längst überzeugt. Nicht aber die Spanier und auch die Niederländer nicht.

O-Ton: Elisabeth Sperber, OLAF

*„Unser Problem besteht im Regelfall darin, die Mitgliedstaaten davon zu überzeugen, dass es Rechtsmissbrauch ist. Weil, wie ich eben schon sagte, jeder Mitgliedstaat die Tendenz hat zu sagen, bei uns war alles legal. Beim Nachbar-Mitgliedsstaat war ebenfalls alles legal. Überall ist alles legal. Nur, wenn man alles Legale zusammenpackt sieht man, dass es ein künstliches Szenario ist, das wirklich nur aufgesetzt wurde, um Geld aus dem Gemeinschaftshaushalt zu erhalten.“*

O-Ton: Hub Gillesen, Schils-Vorstandsvorsitzender

*„Wenn wir 4, 5.000 Tonnen exportieren und man bekommt 300, 400 Euro pro Tonne, dann sind das, würde ich sagen, 1 ½, 2, 2 ½ Millionen im Jahr, die man da bekommt.“*

In Ceutat läuft im Moment nichts mehr. Aber Spanien wehrt sich dagegen, will das Geld vor dem Europäischen Gerichtshof einklagen. Doch unabhängig davon erhält die Enklave auch so rund 60 Millionen Euro im Jahr vom großen Konto. Strukturhilfen aus Brüssel.

Insert: Finanzministerium Berlin Mai 2006

690 Millionen Euro überweist das Bundesfinanzministerium am 15. Mai auf das Superkonto der EU. Fast täglich teilt Brüssel seinen Finanzbedarf mit. Mitte des Jahres wird der Beamte 12 Milliarden überwiesen haben.

Eine Druckerei in Leverkusen. Hier werden die Antragsformulare auf Agrarsubventionen gedruckt. Allein für die Bauern in Nordrhein-Westfalen 55.000 Anträge, das sind 18 Tonnen Papier. Darunter auch die Anträge von Landwirt Georg Schmitz, Friedrich Gräfe zu Baringdorf und RWE-Power.

Die gewaltige Papierlawine verwandelt sich einmal im Jahr zu einem Datensatz von Geldüberweisungen. Dann nämlich, wenn sich ein Bote der Landwirtschaftskammer Bonn auf den Weg zur Bundeskasse in Trier macht. Die Kammer ist nämlich so etwas wie die Auszahlungsstelle der EU.

Auf zwei Disketten gespeichert sind die Geldbeträge, die vom Superkonto der EU an die Bauern in Nordrhein Westfalen gezahlt werden. Über 550 Millionen Euro.

Im Durchschnitt für jeden Bauern 5000 Euro. Die größte Prämie wird auf ein Konto von RWE Power überwiesen, über 600.000 Euro. Aber das dürfen wir eigentlich nicht wissen.

In Deutschland wird nämlich die Höhe der Subventionen an die einzelnen Empfänger geheim gehalten. Man ziert sich, anzugeben, wie viel Steuergelder an welchen Antragsteller gehen, wie die 550 Millionen Euro auf diesen beiden Disketten am Ende von der Bundeskasse in Trier verteilt werden.

Mit genau solchen Fragen beschäftigt sich in Brüssel eine Generaldirektion, die sich um mehr Transparenz kümmern will. Der Kommissar ist auch zuständig für die Verwaltung und die Betrugsbekämpfung.

O-Ton: Siim Kallas, Transparenz-Kommissar Überse.  
*„Die Leute denken, dass sie keine Ahnung haben, was mit dem Geld passiert. Und, also vielleicht gibt es einige Zweifel, wie wir damit umgehen. Und ein Teil unserer Herangehensweise ist, dass wir die Daten und die Empfänger von europäischen Subventionen öffentlich machen sollen. Und offen gesagt, aus meiner persönlichen Sicht, verstehe ich nicht, warum ein Geheimnis daraus gemacht wird. Wenn es um öffentliche Gelder geht, und ich bin ein Steuerzahler wie viele andere Steuerzahler auch, die wissen wollen, was mit dem Geld passiert, was die Bestimmung ist, warum wird am Ende so ein großes Geheimnis darum gemacht?“*

Mitten im Brüsseler Regierungsviertel, gleich neben dem Europaparlament, hat sich das Land Bayern ein altes Schloss gekauft und renoviert. Dort unterhält der Freistaat seine Brüsseler Landesvertretung und dort kommt der Vorstoß von Kommissar Kallas nach mehr Transparenz nicht gut an. Schon Ende 2005 diktiert die bayerische Staatsministerin für Europangelegenheiten einen Brief an den Kommissar.

*Die Daten zur Förderhöhe sind Betriebsgeheimnisse des begünstigten Unternehmens. Eine namentliche Bekanntgabe der Endempfänger würde zu einer Konkurrenzsituation führen und gleichzeitig einer Neiddiskussion Vorschub leisten.*

Frankfurt am Main, Sitz der Deutschen Bundesbank, Ort eines der Superkonten der Europäischen Union.

Auf das Konto 504 00 40950, ausgestellt auf die Generaldirektion Budget bei der Europäischen Kommission in der Rue de la Loi, der Strasse des Gesetzes, wird die die Bundesregierung in diesem Jahr etwa 22 Milliarden Euro an Mitgliedsbeiträgen überweisen.

Eigentlich sollten die Beiträge aller Mitgliedsländer helfen, die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern und in ganz Europa anzugleichen. Eine schöne Idee.

Abspann:

Ein Film von Michael Grytz und Klaus Martens

Kamera: Frederik Walker

Schnitt: Roswitha Patommel

Tonmischung: Claudio Becker-Voss

Sprecher: Axel Gottschick, Elisabeth Hartmann, Reiner Hagedorn

Farbgestaltung: Wolfgang Engels

Grafik-Design: Wieslaw Prus

Aufnahmeleitung: Silvana Schindler

Redaktion: Edeltraud Rimmel